

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Karsten D. Voigt hat vor der Nordatlantischen Versammlung in Washington die Prinzipien seiner Präsidentschaft skizziert.

Seite 1

Doris Odendahl sieht in dem sogenannten Zukunftsministerium einen Etikettenschwindel, der über die inhaltliche Leere hinwegtäuschen soll.

Seite 2

49. Jahrgang / 221

21. November 1994

Neues Denken, neues Handeln

Die Spaltung Europas ist noch nicht überwunden

Von Karsten D. Voigt MdB

Präsident der Nordatlantischen Versammlung

Als im Jahre 1989 die Mauer fiel, haben wir uns alle gefreut. Wir Deutschen haben damals unseren Nachbarn im Osten versprochen, daß unser Dank für die Wiedererlangung der Einheit in unserem unermüdlischen Einsatz für die Überwindung der Spaltung Europas bestehen würde.

Unseren Partnern im Westen haben wir gleichzeitig versprochen, daß wir unsere Politik für Gesamteuropa nur als fest integriertes Mitglied der Europäischen Union und der NATO vorantreiben würden.

Beide Versprechen gelten - damals wie heute. Wir, die wir bereits Mitglieder der Europäischen Union und der NATO sind, sagen unseren östlichen Nachbarn immer wieder, daß bei ihnen Neues Denken, Neues Handeln und Neue Institutionen erforderlich sind, bevor sie vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder westlicher Institutionen werden können.

Ich aber meine: auch wir müssen Neues Denken praktizieren und zur Reform der Europäischen Union und der NATO beitragen, damit wir unseren östlichen Nachbarn den Weg in unsere Institutionen erleichtern.

Wir predigen unseren östlichen Nachbarn den Mut zum Risiko, der Freiheit innewohnt. Aber wir sind noch viel zu wenig bereit, uns an ihrem Risiko zu beteiligen, obwohl eine Beteiligung an ihren Risiken ein Beitrag zur Sicherung unserer eigenen Zukunft wäre.

Hier in Washington sollte wenige Wochen vor der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO von dieser Tagung der NATO-Parlamentarier ein klares und eindeutiges Signal ausgehen: Wir sind für den zügigen Beginn der Osterweiterung der NATO! Für uns geht es nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie der NATO-Erweiterung.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.



Wir sind Realisten:

Wir wissen, daß diese Osterweiterung der NATO ebenso wie früher die Süd- jetzt die Nord- und künftig die Süderweiterung der Europäischen Union wahrscheinlich erst nach mehreren Schritten, und auch nicht bereits nach zwei, drei Jahren zum Abschluß gekommen sein wird. Ich bin nicht gegen Politik der kleinen Schritte. Aber ich bin auch dafür, daß wir unseren Vätern und Wählern sagen, welche Richtung und welches Ziel unsere Politik hat.

Mein Ziel ist es, daß in Europa alle Staaten, die der Europäischen Union bereits angehören oder künftig angehören werden, zwar nicht der NATO angehören müssen, aber der NATO angehören können. Auf diese Weise werden Europa und Nordamerika fest und dauerhaft durch die NATO miteinander verbunden.

Historisch gesehen war das größte Problem der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten ihre Schwäche und ihre nationalen Rivalitäten untereinander. Die NATO-Mitgliedschaft dieser Staaten würde nicht nur die jungen Demokratien in dieser Region schützen, sondern es würde Europa insgesamt stabiler machen.

Wenn diese Staaten der NATO beitreten, dann brauchen sie gegenüber einem friedlichen Rußland keine Atomwaffen und keine dauerhaft stationierten ausländischen Truppenverbände auf ihrem Boden. Bei einer derartigen Osterweiterung der NATO würde Rußland von der Stabilität dieser Staaten profitieren, ohne neue militärische Bedrohungen fürchten zu müssen.

Die NATO sollte darüber hinaus allen osteuropäischen Staaten, die nicht der NATO angehören, im Zusammenhang mit der Osterweiterung der NATO eine vertragliche Partnerschaft anbieten. Die gilt insbesondere für Rußland, zu dem wir uns auch als Nordatlantische Versammlung um besonders enge kooperative Beziehungen bemühen sollten.

Ich bin stets ein Befürworter einer engen Kooperation mit Rußland gewesen. Aber wir würden weder der Demokratie in Rußland noch der Stabilität von Frieden und Demokratie in Europa insgesamt dienen, wenn wir auf die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO deshalb verzichten würden, weil Rußland auf absehbare Zeit in beiden Institutionen nicht Vollmitglied werden kann.

Aus diesem Grunde plädiere ich bei der Osterweiterung für die Parallelität von Kooperation und Integration und nicht für Kooperation als Ersatz für Integration.

Die Parallelität von Kooperation und Integration ist ein realistisches Konzept einer Politik, mit der schrittweise die Spaltung Europas überwunden wird, damit in Europa zusammenwächst, was zusammengehört.

(-/21. November 1994/ru/ks)

Salto rückwärts in die Vergangenheit statt Zukunftsgestaltung?

Die Koalitionsvereinbarung enthält kein neues Konzept für Bildung und Wissenschaft

Von Doris Odendahl MdB

Die Zusammenlegung der Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft und für Forschung und Technologie zu einem "Zukunftsministerium" soll Erwartungen erwecken, die aber in krassem Widerspruch zu den Inhalten der Koalitionsvereinbarung stehen. Die neue Bundesregierung betreibt Etikettenschwindel mit dem Zukunftsbegriff, der in der Vereinbarung völlig unbestimmt ist. Diese enthält für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich im wesentlichen alte Konzepte, mit denen die Vorgänger des neu ins Kabinett berufenen Ministers gescheitert sind. Die Zusammenlegung der beiden Ministerien, die diese Bundesregierung dem SPD-Regierungsprogramm vordergründig abgeschiebt hat, bietet Chancen, aber auch Risiken. Zudem müssen zwei seit zwanzig Jahren getrennte Bundesressorts möglichst rasch, ohne Reibungspunkte und ohne Beschädigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einer wirkungsvollen Einheit zusammengeführt werden.

Die Chancen liegen vor allem in folgendem: Das Gewicht des Ministeriums bei Ressortabstimmungen und von Herrn Rüttgers am Kabinettstisch kann sich erhöhen. Wenn das Ministerium die Koalitionsvereinbarung richtig interpretiert und nutzt, wird es tatsächlich stärker als in den Jahren seit spätestens 1982 wieder seine Koordinierungsaufgabe als Querschnittsressort gegenüber anderen Bundesressorts wahrnehmen können. Zugleich wird die Abstimmung mit den Ländern zumindest im Hochschulbereich reizvoller, aber auch schwieriger, weil der Bund dabei seine finanzielle Potenz im Forschungsförderungsbereich mit einbringen kann und muß. Hiervon kann auch die Bund-Länder-Kommission profitieren, die seit zehn Jahren ein gar kümmerliches Dasein hat fristen müssen.

Die Zusammenlegung der beiden Ressorts kann auch zur Durchsetzung dringender Haushaltsforderungen gegenüber dem Bundesfinanzminister führen. Die bisherige Kleinlichkeit von Dr. Waigel bei finanzpolitisch unbedeutenden, sozial- wie hochschulpolitisch aber gewichtigen Haushaltsverhandlungen zu BAföG, Hochschulbau, Studentenwohnheimbau, Hochschulsonderprogrammen und der Ausbildungsplatzförderung in den neuen Ländern läßt sich kaum länger rechtfertigen, wenn der Bildungs- und Wissenschaftsbereich nicht als "Wurmfortsatz" eines im Kern forschungs- und technologiepolitisch ausgerichteten Ressorts verkümmern soll.

Die Zusammenlegung bietet zudem die Chance, die notwendige Erhöhung des Forschungsetats um mindesten seine Milliarde DM durchzusetzen und dabei konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den Anteil der Hochschulen an der Forschungsförderung und insbesondere den der Geisteswissenschaften gegenüber naturwissenschaftlichen Programmen zu erhöhen. Die notwendige Verklammerung gilt es auch für entsprechende Programme der Europäischen Union durchzusetzen.

Chancen liegen weiter in der Verknüpfung beider Bereiche, wenn es um die Gestaltung einer menschlichen Zukunft unter Bewahrung der Natur geht. Allerdings verschwendet die Koalitionsvereinbarung hierauf keinen Gedanken. Dort werden die beiden Politikfelder unvermittelt hintereinander behandelt, ein gemeinsames "geistiges Band" auch mit der kulturellen Förderung und der auswärtigen Kulturpolitik fehlt. Soweit überhaupt erkennbar, wird die Bildungspolitik auf Bildungsökonomie, die Forschungspolitik auf Innovationsförderung und beides zusammen auf das Konzept der Sicherung des "Wirtschaftsstandorts", der sich im internationalen Konkurrenzkampf behaupten soll, reduziert. Die SPD setzt dagegen den Begriff des "Lebensstandorts", wie Rudolf Scharping es formuliert hat. Dem entsprechend hätte es einer Klärung des Bildungs- und Qualifikationsinteresses aller Bürgerinnen und des Forschungsinteresses der gesamten Gesellschaft bedurft. Die Koalitionsvereinbarung reduziert sich allzu schnell auf technokratische Konzepte, ohne die Frage nach einer neuen Bildungsidee, nach dem Sinn und Nutzen von Forschung für die gesamte Gesellschaft auch nur zu stellen. Daher folgt auch keine Einladung an alle gesellschaftlichen Gruppen, sondern nur an "Leistungseliten", an der Ausgestaltung des dahinter stehenden Zukunftskonzeptes mitzuwirken.

Hinzu kommt, daß in der Koalitionsvereinbarung Vorstellungen und Konzepte bekräftigt werden, mit denen die Bundesregierung bereits in der Vergangenheit gescheitert ist. Gescheitert zunächst an der Unfähigkeit, eine "Offensive" für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur durch entsprechende finanzpolitische Prioritäten und in Abstimmung mit den Ländern und Sozialpartnern überhaupt zu ermöglichen. Gescheitert aber auch an der Unfähigkeit zu erkennen, daß der Satz in der Präambel der Koalitionsvereinbarung doppelt falsch ist, "politisch bewährte Rezepte der Vergangenheit (würden) den vor uns liegenden Herausforderungen nicht mehr gerecht: Weder haben sich diese in der Koalitionsvereinbarung wieder aufgewärmten Konzepte in der Vergangenheit bewährt, noch werden diese Konzepte den vor uns liegenden - weichen? - Herausforderungen gerecht.

Dies leitet über zu den Risiken der Koalitionsvereinbarung und für das "Zukunftsministerium":

Die Verfasser haben sich nicht ausreichend Gedanken darüber gemacht, wie die neue Bildungs- und Forschungspolitik mit den Ländern, den Sozialpartnern und nicht zuletzt den Lernenden und Lehrenden selbst abgestimmt, von ihnen ausgefüllt und mitgetragen werden soll. Eine derart angelegte "Offensive" wäre dieser Bundesregierung sicher auch hinderlich, wenn

das Bildungs- dem Forschungsinteresse untergeordnet werden soll, indem alles Trachten und Handeln auf Qualifikation vor allem von Begabten und von Forschung auf die Förderung von wirtschaftlichen Innovationen gerichtet wird. Im gesamten Koalitionspapier taucht zum Beispiel das Wort "politische Bildung" ebensowenig auf wie die Forderung nach Umweltbildung.

Bedauerlich ist auch, daß der Modernisierungsbedarf in den neuen Ländern, etwa im Bereich der dualen Berufsausbildung, weder benannt noch mit finanzpolitischer Priorität belegt wird. Dabei denke ich etwa an die Berufsschulen, aber auch an die Förderung der betrieblichen Ausbildung. Die politischen Schlachten der letzten Jahre, ob die vom Bundeskanzler regelmäßig gegebene und tatsächlich nicht eingehaltene Ausbildungsplatzgarantie tatsächlich oder nur statistisch allen Jugendlichen in den neuen Ländern geholfen hat, werden also fortgesetzt werden müssen.

Die neue Bundesregierung bietet auch kaum neue Konzepte an. Dies gilt zu allererst für den immer wichtiger werdenden Bereich der Weiterbildung, der mit der Aussage, lebenslanges Lernen müsse "selbstverständlich" werden, nur gestreift wird. Der hochschulpolitische Teil wird von einer Fortsetzung der Politik des Stierens auf die Schlange "Verkürzung der Studienzeiten" beherrscht. Von einer Verbesserung der materiellen Studienbedingungen für die Studierenden wie für das Hochschulpersonal ist nicht die Rede. Die Feststellung, über die Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge werde "1995 entschieden", ist ein sozialpolitischer Skandal. Die SPD-Forderung lautet weiterhin, die Bedarfssätze um vier Prozent rückwirkend zum Herbst 1994 und 1995 anzupassen - ohne weiteren Leistungsnachweis selbstverständlich.

Ebensowenig ist die Bundesregierung bereit, den Bundesansatz für den gemeinsamen Hochschulbau jedenfalls auf zwei Milliarden DM anzuheben. Mit einer HRG-Novelle allein ist den Hochschulen nicht zu helfen. Was von Bundesseite hierzu nach dem gescheiterten Bildungsgipfel des Bundeskanzlers vorgeschlagen wurde, ist strittig.

Die Bundesregierung will daran festhalten, "daß die mit den Ländern und Sozialpartnern getroffenen Vereinbarungen zur Stärkung der beruflichen Bildung zügig umgesetzt werden". Sie kündigt aber nicht an, was sie selbst dazu leisten will. Die SPD hält eine grundlegende Novellierung der gesetzlichen Grundlagen für notwendig. Dabei sind auch neue Wege der Berufsbildungsfinanzierung zu eröffnen, um den Rückgang der angebotenen Ausbildungsplätze in Industrie und Handel zu stoppen und um die Krise des dualen Systems zu bewältigen. In der Koalitionsvereinbarung wird auch deutlich, daß die Bundesregierung weiterhin ihre Vorstellungen von einer "Differenzierung" der beruflichen Bildung zu Lasten benachteiligter Jugendlicher verstärken will.

Einigen Neuigkeitswert hat allein die Aussage, daß die Koalition "alsbald Vorschläge zur Reform der Ausbildungsförderung unter Einbeziehung der beruflichen Aufstiegsfortbildung vorlegen" will. Zunächst ist dies ein Eingeständnis, daß die Ende 1993 vollzogene endgültige Zerschlagung der Meisterfortbildung im AFG ein verheerender Fehler war. Sodann ist darauf hinzuweisen, daß die meisten TeilnehmerInnen an Techniker- und Meisterkursen aufgrund ihrer Lebenssituation und der zumeist nebenberuflichen Qualifizierung überhaupt nicht in die Systematik des BAföG passen. Wenn zudem der BAföG-Plafond bei zwei Milliarden DM festgeschrieben bleibt, geht diese Einfügung einer neuen Gruppe von - etwa 60.000 - Berechtigten zu Lasten der Chancengleichheit insgesamt. Ein "Meister-BAföG" würde auch eine Mitfinanzierung durch die Länder zur Folge haben, die 35 Prozent der BAföG-Ausgaben tragen, während das AFG aus Beiträgen der Sozialpartner und Bundeszuschüssen finanziert wird.

Bezeichnenderweise fehlt die bildungs- wie sozial- und gesellschaftspolitische Kernforderung nach Chancengleichheit und Förderung aller Begabungen in dieser Koalitionsvereinbarung völlig. Wer den Auszubildenden, Studenten und Forschern "ein guter Anwalt in Bonn" sein will, sollte dies bedenken.

(-/21. November 1994/ru/ks)
